

Christoph Strässer, MdB

Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele

Am 25. September 2015 wurde auf einem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York von den 193 Mitgliedsstaaten die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Unter dem Titel „Transformation unserer Welt“ bildet diese Agenda einen weltweiten Rahmen zur Umsetzung der Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen der kommenden 15 Jahre. Denn um eine „Transformation unserer Welt“ zu erreichen, müssen alle Bereiche unserer Gesellschaft und Politik hinterfragt werden, um grundlegende Veränderungen anzustoßen und das Leben von Menschen global zu verbessern. Zeitgleich drückt die Staatengemeinschaft durch die Agenda ihre Überzeugung aus, dass sich globale Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen lassen.

Im Zentrum der Agenda stehen dabei die 17 formulierten Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), die in 169 konkrete Zielvorgaben unterteilt sind. Dabei ist eines der wesentlichen Merkmale dieser Ziele ihre universelle Gültigkeit, sie sind für alle Staaten der Weltgemeinschaft bindend. Alle 193 Mitgliedsstaaten sind gleichermaßen für eine Umsetzung dieser Ziele anhand der fünf übergeordneten Kernbotschaften Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft als handlungsleitende Prinzipien verantwortlich. Dabei sollte sich sowohl die nationale als auch die internationale Umsetzung der Agenda besonders am letzten dieser handlungsleitenden Prinzipien orientieren. Denn nur durch globale und nationale Partnerschaften unterschiedlichster Akteure und eine intensive Zusammenarbeit können alle Ziele erreicht werden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele zu betrachten. Um die 2030-Agenda umsetzen zu können, brauchen wir ein neues, interaktives Modell, an dem Zivilgesellschaft, Privatsektor und Politik gleichermaßen beteiligt sind. Die Zivilgesellschaft ist deshalb von so großer Bedeutung, weil sie einen Bereich innerhalb der Gesellschaft darstellt, der sich zwischen dem staatlichen, wirtschaftlichen und privaten Sektor bewegt. Ohne das gesamte Engagement der Bürger eines Landes – sei es in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder sozialen Bewegungen – ist eine erfolgreiche und vor allem auch „nachhaltige“ Umsetzung der ehrgeizigen Ziele nicht zu schaffen. Ein nachhaltiges Deutschland zeichnet sich unter anderem durch hohe Lebensqualität, Inklusion und eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen aus. Diese Teilhabe aller Menschen muss auch schon im Prozess der Umsetzung stattfinden. Der in der Agenda enthaltene Multi-Akteurs-Ansatz erfordert neue Arten der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren und bietet

die Chance, die Zivilgesellschaft in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik noch intensiver zu integrieren.

Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele muss dabei aber noch stärker betont werden, gleichwohl diese bereits in den Prozess einbezogen ist. So wurden zivilgesellschaftliche Akteure sowohl bei der Formulierung der 2030-Agenda auf globaler Ebene, als auch beim Ende Mai veröffentlichten Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auf nationaler Ebene miteinbezogen. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie wurden Bürgerinnen und Bürger jeweils über das Internet und die verschiedenen Interessengruppe im Rahmen von Anhörungen eingebunden. Diese Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist wichtig, da die Nachhaltigkeitsstrategie einen Ankerpunkt bei der Umsetzung der Agenda auf nationaler Ebene darstellt. Eine Durchsetzung dieser nationalen Strategie ist ohne die Unterstützung der Zivilgesellschaft nicht möglich, weil besonders zivilgesellschaftliche Akteure bei der Akzeptanz und der aktiven Mithilfe durch die Bürger und Bürgerinnen von entscheidender Bedeutung sind. Zur Umsetzung der 2030-Agenda ist eine umfassende Transformation in allen Lebensbereichen notwendig, wozu es auch einer neuen Kultur der Nachhaltigkeit bedarf. Ohne die Akzeptanz der Ziele und ihrer Umsetzung in der Bevölkerung, kann eine solche „Nachhaltigkeits-Kultur“ nicht gelingen.

Es ist nicht möglich, solch umfassende gesellschaftliche Veränderungen, wie sie die Agenda vorsieht, nur „von oben“ durch die Vereinten Nationen zu verordnen ohne die Zivilgesellschaft miteinzubeziehen. Aber die 2030-Agenda und die SDGs können die Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Veränderungsprozesse fördern. Zivilgesellschaftliche Gruppen und ihr kritisches Engagement bilden eine der Säulen der Agenda und sind demnach eine erforderliche Erfolgsbindung dafür, dass die 2030-Agenda ihrem selbstgesteckten Anspruch einer Transformationsagenda gerecht werden kann. Zusätzlicher Mehrwert entsteht dabei durch einen starken interdisziplinären Austausch unterschiedlicher Gruppen aus verschiedenen Themenfeldern, die durch die 17 SDGs adressiert werden. Umwelt-, Entwicklungsorganisationen und Menschenrechtsgruppen sind ebenso gefordert wie Gewerkschaften, Sozialverbände oder globalisierungskritische Vereinigungen. Mit dem Wissen, Engagement, den Netzwerken und Mitteln sind diese verschiedenen, zivilgesellschaftlichen Gruppen allesamt unerlässlicher Partner der neuen globalen Partnerschaft. Nicht zuletzt wird der interdisziplinären Zusammenarbeit mit SDG 17 in der Agenda ein eigenes Ziel gewidmet, denn auch dort wurden globale Partnerschaften und enge Zusammenarbeit als effektiver Weg erkannt, starke Entwicklungsergebnisse zu erzielen.

Eine notwendige Grundlage für das kritische Engagement politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure im Prozess der Umsetzung der 2030-Agenda ist dabei die ausreichende Information über die SDGs, über die Zielvorgaben und auch über die Konflikte und Herausforderungen, die mit der Umsetzung der jeweiligen Ziele verbunden sind. Der Erfolg der Umsetzung hängt auch von einem gelingenden Überprüfungsverfahren ab, wobei sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene Indikatoren geschaffen werden müssen. Deutschland

sollte hierbei transparent agieren und noch stärker als bisher internationale Verantwortung übernehmen. Deshalb war es ein wichtiges Zeichen, dass Deutschland als einer der ersten Staaten weltweit beim High Level Political Forum im Juli dieses Jahres über den Stand und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele berichtet hat.

Deutschland kann jedoch nur dann eine glaubhafte Vorreiterrolle im globalen Prozess einnehmen, wenn wir auch hierzulande engagiert an der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele arbeiten. Um einen umfassenden Wandel hin zu nachhaltiger Entwicklung vollziehen zu können, sind alle gefordert. Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele beginnt bei den Alltagsentscheidungen jedes Einzelnen. Während wir als Politik die richtigen Rahmenbedingungen vorgeben müssen, obliegt es jedem selbst, innerhalb des gesetzten Rahmens mit seinen privaten Entscheidungen zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen und aktiv an den Ausgestaltungen dieser Rahmenbedingungen mitzuwirken.

Hierbei liegt auch ein wesentlicher Unterschied der 2030-Agenda und ihren SDGs zu den „Millennium Development Goals“ der Staatenkonferenz aus dem Jahr 2000. Die MDGs als Grundlage der ersten Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung waren nicht so stark von einem Multi-Akteurs-Ansatz und hoher Partizipation geprägt, sondern verfolgten mehr eine Politik, bei der die Rahmenbedingungen ohne eine besonders starke Einbindung der Zivilgesellschaft geschaffen wurden. Dies ist bei den SDGs nicht mehr der Fall, welche als allgemein geltende Ziele betrachtet werden können, die nicht nur für jeden Staat, sondern auch für jeden Einzelnen gültig sind. Denn die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele beginnt bei jedem selbst und damit auch bei den Alltagsentscheidungen jedes Einzelnen. Nicht ohne Grund heißt es in der Präambel der Agenda: „Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand.“ Der Mensch als Individuum wird bewusst betont, weil jeder und jede Einzelne einen Beitrag zu den 17 Nachhaltigkeitszielen leisten kann. Sei es bei der Verkleinerung seines persönlichen, ökologischen Fußabdrucks oder bei der aktiven Mithilfe bei der Beendigung aller Formen der Diskriminierung von Mädchen und Frauen, überall auf der Welt.

Auch hier kommt die Rolle zivilgesellschaftlicher Gruppen erneut zum Tragen: Denn sie sind es zumeist, die den Bürgerinnen und Bürgern das notwendige Wissen vermitteln und durch gute Öffentlichkeitsarbeit das Thema Nachhaltigkeit überhaupt erst auf die Agenda jedes Einzelnen bringen. Diese wichtige Arbeit ist unerlässlich, damit die Idee der Nachhaltigkeit eine dauerhaft breite Basis in der Gesellschaft erreichen kann. Das Thema Nachhaltigkeit darf nach der 2030-Agenda kein Parallel- oder Nischenthema mehr sein, sondern muss ins Zentrum des gesellschaftlichen Dialogs rücken. Für die „Transformation der Welt“, wie in der Agenda gefordert, ist es zwingend notwendig, dass jeder und jede Einzelne bereit dazu und auch dementsprechend informiert ist, seine persönliche Lebenswelt hin zu mehr Nachhaltigkeit zu „transformieren“.

Autor

Christoph Strässer ist Abgeordneter der SPD im Deutschen Bundestag. Von 2014 bis 2016 war er Beauftragter für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe der Bundesregierung. Seit 2016 ist er Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Unterausschuss für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln.

Kontakt: christoph.straesser@bundestag.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de